

<b>Vorlage Nr. I 16/2023</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

**Sachthemen Integrierte Regionalleitstelle (Einsatzzahlen, Gutachten, Telemedizin, Akut-Krankentransportwagen, Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfrage)**

**A Problem**

In den Vorlagen I 55/2022 und I 56/2022 wurden die Sachverhalte der Einsatzzahlensteigerung in der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) sowie das Projekt Telemedizin dargestellt. Es wurde von der Feuerwehr zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten. Aufgrund weiterer Maßnahmen, die derzeit im Zusammenhang mit der IRLS bearbeitet werden und Informationscharakter aufweisen, wird in dieser Vorlage zu weiteren Themenfeldern berichtet.

**B Lösung**

**Sachstand Entwicklung Einsatzzahlen und Gutachten**

Die für 2022 erhobenen Einsatzzahlen für die IRLS weisen, wie prognostiziert, erneut eine deutliche Steigerung auf.

Einsatzart	Anzahl
<b>2022</b>	<b>138.672</b>
2021	119.067
2020	105.400
2019	108.517
2018	109.175
2017	105.931
2016	93.089

In der Vorlage I 56/2022 wurde darauf hingewiesen, dass auf Grundlage der vertraglichen Regelungen und auf Basis der bewerteten Einsatzzahlen eine Organisationsuntersuchung und ein anschließendes Personalbemessungsgutachten beauftragt werden soll. Diese Beauftragung ist in der 45. KW 2022 erfolgt. Derzeit analysiert der Gutachter die bereitgestellten Daten und Informationen. Es wurden darüber hinaus Interviews mit Beschäftigten der IRLS sowie mit für die IRLS zuständigen Personen der Gebietskörperschaften (Bremerhaven, Cuxhaven, Osterholz) geführt. Erste Ergebnisse werden Ende Februar/Anfang März 2023 erwartet. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage liegen noch keine Ergebnisse vor.

**Sachstand Projekt Telemedizin**

In der Vorlage I 55/2022 wurde über das Projekt Telemedizin berichtet. Seitdem wurden Gespräche mit den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz, den Kostenträgern sowie mit dem

zuständigen Referat beim Senator für Inneres geführt und die Planungen vorangetrieben. Aufgrund der aktuellen Überlegungen zur Reform der Notfallversorgung auf Bundesebene, die bei Umsetzung gravierende Auswirkungen auf die Zuständigkeiten und den Aufgabenumfang aller Feuerwehr- und Rettungsleitstellen hätten, wird weiterhin vorbereitend an dem Projekt Telemedizin gearbeitet, jedoch mit konkreten Ergebnissen/Festlegungen/Umsetzungen abgewartet (vgl. Pressemitteilung „Neues Reformkonzept für Notfallversorgung“ des BMG vom 13.02.2023).

Im Zusammenhang mit dem Projekt Telemedizin stehen parallel notwendige Anpassungen im Bereich des Rettungsdienstes und des Krankentransportes an, die nicht bis zu einer möglichen Umsetzung der o. g. geplanten Reform warten und auch losgelöst von dieser umgesetzt werden können. Zur Erklärung: Neben der Einsatzzahlensteigerung in der IRLS ist auch eine Steigerung der Einsatzzahlen im Rettungsdienst zu verzeichnen. Hier führen häufiger Einsätze im niedrigschwelligen Notfallbereich zu einer hohen Auslastung der Rettungstransportwagen (RTW) und zum Teil zu kapazitären Engpässen von RTW für „echte“ Notfälle. Das heißt, dass den Disponent:innen punktuell nicht immer ausreichend RTW für die Notfalldisposition zur Verfügung stehen und ad hoc andere Kompensationsmaßnahmen ergriffen werden müssen (z. B. Besetzung eines zusätzlichen RTW durch Feuerwehrbeamt:innen unter Inkaufnahme einer temporären Schwächung des Lösch- und Hilfeleistungsdienstes). Um der Steigerung von niedrigschwelligen Notfall-Einsätzen mit Auswirkung auf den Notfallbereich entgegenzuwirken, auch unter wirtschaftlicher Betrachtung, ist es geplant, einen sog. A-KTW (Akut-Krankentransportwagen) in die Rettungskette mit einzubinden. Dieses Einsatzmittel soll Einsätze abarbeiten, die keine Zeitdringlichkeit haben und nicht die hochwertige Ausstattung sowie das hochqualifizierte Personal eines RTW benötigen, aber eine höhere medizinische Versorgungsmöglichkeit als die eines regulären KTW bedürfen. Entsprechende Gespräche hierzu haben bereits mit den Kostenträgern, dem Bürger- und Ordnungsamt, den privaten Krankentransportunternehmen in Bremerhaven (ausschließlich für den qualifizierten Krankentransport zugelassene Unternehmen) sowie dem zuständigen Referat beim Senator für Inneres stattgefunden. Die Einführung des zusätzlichen Einsatzmittels wird ebenfalls Auswirkungen auf die IRLS haben (u. a. auf die Arbeitsweise).

#### **Sachstand Ausschreibung „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik“**

Die sog. „Funk- und Notrufabfragetechnik“ ist neben dem „Einsatzleitrechner“ eine der wichtigsten Komponenten in der IRLS. Das System der verwendeten Funk- und Notrufabfragetechnik befindet sich seit über zehn Jahren in einem 24/7-Betrieb und ist mittlerweile abgeschrieben. Notwendige Updates und technische Upgrades haben zwischenzeitlich stattgefunden, um eine Funktionsfähigkeit zu gewährleisten. Der Support für das System wird von der Herstellerfirma 2025 eingestellt, da das Produkt abgänglich ist. Darüber hinaus ist aufgrund der zurückliegenden, aber auch der zukünftigen, veränderten Anforderungen an Leitstellen (technisch, organisatorisch und personell) eine Modernisierung dieser Technik und des gesamten Systems notwendig. Aus diesen Gründen muss eine Ersatzbeschaffung der Funk- und Notrufabfragetechnik erfolgen. Diese muss, durch die Überschreitung der Schwellenwerte, in Form einer EU-weiten Ausschreibung erfolgen; es wird ein Investitionsbetrag von mehr als einer Million erwartet. Um dieses Verfahren rechtssicher abzuwickeln, wurde ein beratender Rechtsbeistand hinzugezogen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage erfolgt eine Angebotsabfrage an Unternehmen, um die Vergabe einer Fachplanerin/eines Fachplaners zu initiieren. Die Frist zur Angebotsabgabe ist noch nicht abgelaufen. Diese:r Fachplaner:in soll beauftragt werden, ein Leistungsverzeichnis zu erstellen (II. Quartal), auf dessen Grundlage die EU-weite Ausschreibung erfolgen wird (III. Quartal). Der Ausschreibungs- und Vergabeprozess wird voraussichtlich im IV. Quartal 2023 bzw. im I. Quartal 2024 abgeschlossen sein. Die oben aufgeführten geänderten Rahmenbedingungen (Ergebnisse Gutachten, Projekt Telemedizin etc.) werden bei der Technikerneuerung Berücksichtigung finden. Ggf. können im Rahmen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 14.03.2023 mündlich Ergebnisse zum Sachstand „Vergabe Fachplaner:in“ vorgetragen werden.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Mit der Beauftragung der Organisationsuntersuchung und des daraus folgenden Personalbemessungsgutachtens ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig aus dem Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Personalwirtschaftliche und weitere finanzielle Auswirkungen (z. B. technische Maßnahmen etc.) können die Ergebnisse der Untersuchung und des Gutachtens und die daraus umzusetzenden Maßnahmen verursachen. Konkrete Kosten können derzeit noch nicht quantifiziert werden.

Mit der Beschaffung einer neuen Funk- und Notrufabfragetechnik ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig aus dem Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Konkrete Kosten können derzeit noch nicht quantifiziert werden.

Mit der Umsetzung der Einführung eines A-KTW ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen, da die Kosten über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern getragen werden.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besonders Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

### **E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

### **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss nimmt den Sachstand zur Entwicklung der Einsatzzahlen, den Sachstand zum Projekt Telemedizin und Einführung eines A-KTW sowie zum Sachstand Ausschreibung „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik“ in der IRLS zur Kenntnis.

Grantz  
Oberbürgermeister